

Vier Fragen an Josef Joffe // Was macht die Welt? // Rüstungsjobs, Grand Prix und Koalitionen der Unvernunft.

Gerhard Schröder hat die US-Raketenabwehr bisher kritisch betrachtet. Jetzt sieht der Kanzler des "aufgeklärten Eigeninteresses" darin plötzlich eine Chance für deutsche Jobs. Eine berechtigte Hoffnung?

Es ist nicht immer einfach, den Leuten strategische Interessen zu vermitteln. Schon George Bush der Ältere antwortete 1990 mit "jobs, jobs, jobs" auf die Frage, warum er gegen Saddam in den Krieg ziehen wolle. Heute baut fast jeder "Sorgenstaat" an weitreichenden Waffen, und fast jeder technisierte Staat - von Israel bis USA, von Russland bis Frankreich - entwickelt Abwehrsysteme. Dass man dabei auch von den am weitesten fortgeschrittenen Amerikanern profitieren könnte, ist keine besonders brillante Einsicht. Und wenn dabei ein paar Jobs für den deutschen Hochtechnologie-Sektor herauskommen, umso besser.

Das fundamentalistische Taliban-Regime in Afghanistan lässt das Volk hungern, unterdrückt Frauen, ist ein Drahtzieher des Drogenhandels und zerstört jetzt auch noch einmalige Buddha-Statuen, ein Weltkulturerbe. Was kann man gegen einen solchen Schurkenstaat tun?

Jedenfalls nichts Militärisches. An der Region zwischen Khaiber-Pass und Indus haben sich im 19. Jahrhundert schon Briten und Russen die Zähne ausgebissen, und im späten 20. Jahrhundert die Sowjets. Und davor schon ein gewisser Alexander, genannt "der Große". Das Weltkulturerbe ist offensichtlich schon perdu; der Informationsminister der Taliban behauptet, dass die Skulpturen bereits zu zwei Dritteln vernichtet worden seien. So entmutigend es auch klingt: Wenn große strategische Interessen fehlen, werden auch die Mittel nicht mobilisiert, die ein solches Regime beseitigen könnten.

In Israel zerbricht die Arbeitspartei an der Regierungsbildung mit dem Likud-Mann Ariel Scharon. Kann daraus noch die erhoffte "Große Koalition der Vernunft" werden?

Diese Große Koalition wäre nicht sehr groß; zur Knesset-Mehrheit würden ihr noch 15 Sitze fehlen. Doch besser, dem designierten Ministerpräsident säße eine Friedenspartei im Nacken als nur die religiösen, zumal die ultra-orthodoxen Parteien, deren Hauptarbeit unter diversen Vorgänger-Regierungen die parlamentarisch sanktionierte Erpressung war: Gebt uns Geld für unsere Sozialsysteme, vergesst jedwede säkularisierende Gesetzgebung - oder wir gehen im Friedensprozess von der Fahne. So weit die Logik. Bloß darf man sich auf die nicht allzu heftig verlassen in einem Parlament, das aus 18 Parteien besteht. Dagegen ist der Bundestag ein Hort der drögen Berechenbarkeit.

Ein Wort zur deutschen Außenpolitik...

Diese nutzt noch nicht im gebotenen Maße die Ressourcen, die sich außerhalb des klassischen Raumes der Politik anbieten. Zum Beispiel Grand-Prix-Michelle, die sagt: "Ich will Deutschland in Kopenhagen von ganzem Herzen vertreten, wirklich." Oder Zlatko und Rudolf ("Mosi") Moshhammer. Die verkörpern ein wunderbares neues Deutschland, das weder Neid noch Furcht weckt. Wenn diese Repräsentanten recht häufig die Welt bereisen, wird alles gut.

Josef Joffe ist Herausgeber und Chefredakteur der "Zeit".